

## Deutsche Südosteuropapolitik 1929—1936

Zur Kontinuität deutscher Außenpolitik in der Weltwirtschaftskrise

von Hans-Jürgen Schröder

Die nationalsozialistische Außenwirtschaftspolitik, die im Rahmen des *Neuen Planes* auch auf eine regionale Verlagerung der deutschen Handelsbeziehungen abzielte, hatte in den südosteuropäischen Agrarstaaten fraglos einen ihrer Schwerpunkte. Außer in Südamerika vermochte die Berliner Politik nach 1933 in keiner anderen Region derart spektakuläre handelspolitische Ergebnisse zu erzielen wie in Südosteuropa: So hatte sich im Jahre 1936 der deutsche Handel mit den südosteuropäischen Agrarstaaten Bulgarien, Griechenland, Jugoslawien, Rumänien und Ungarn gegenüber 1933 verdoppelt. Deutschland nahm damit im Außenhandel dieser Länder den ersten Platz ein. Diese handelspolitische Position wurde in den folgenden Jahren kontinuierlich ausgebaut, bereits im Jahre 1938 bewegte sich der deutsche Anteil am Außenhandel der genannten Staaten in der Größenordnung von 40 bis 50 %, was in vielen Bereichen einer deutschen Monopolstellung gleichkam. Es handelt sich hier allerdings nicht nur um ökonomische Vorgänge, vielmehr hat das nationalsozialistische Regime die wirtschaftliche Durchdringung Südosteuropas auch bewußt als Vehikel der Außenpolitik eingesetzt. Die politischen Implikationen der wirtschaftlichen Hegemonialstellung Deutschlands in Südosteuropa manifestierten sich besonders deutlich in der Paralyse der Kleinen Entente und damit der Schwächung des französischen Sicherheitssystems. Zwar fallen die wirtschaftlichen und politischen Erfolge der deutschen Südosteuropapolitik in die Zeit nach der nationalsozialistischen Machtergreifung, in ihrer Zielsetzung konnte die Regierung Hitler jedoch an bereits in den 1920er Jahren namentlich im Auswärtigen Amt entwickelte und in der Weltwirtschaftskrise vor allem vom Kabinett Brüning konkretisierte außenpolitische Konzeptionen und Initiativen anknüpfen. Diese Kontinuität deutscher Politik gegenüber Südosteuropa soll im folgenden für die Jahre 1929/30 bis 1936 in ihren Grundtendenzen dargestellt werden. Zugleich wird damit der Versuch unternommen, die von der historischen Forschung bisher kaum beachtete deutsche Südosteuropapolitik im Kontext der Berliner Revisionspolitik zu deuten.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Der Schwerpunkt auch der neueren Forschungen zur deutschen Südosteuropapolitik liegt auf der Zeit seit Ende der 30er Jahre. Vgl. etwa M. Broszat, Deutschland — Ungarn — Rumänien. Entwicklung u. Grundfaktoren nationalsozialistischer Hegemonial- u. Bündnispolitik 1938—1941, in: HZ 206. 1968, S. 45—96; K. Olshausen, Zwischenspiel auf dem Balkan. Die deutsche Politik gegenüber Jugoslawien

Der Wiederaufstieg Deutschlands zur Großmacht vollzog sich nach dem Ersten Weltkrieg im wesentlichen auf der Basis einer sich seit 1924 ständig verbessernden wirtschaftlichen Entwicklung. Angesichts der militärischen Niederlage hatten die deutschen Führungsschichten von Wirtschaft und Politik bereits 1918/19 ihr politisches Kalkül zur Wiedererlangung außenpolitischer Handlungsfähigkeit primär auf den wirtschaftlichen Bereich abgestellt: Die Stärkung der deutschen ökonomischen Position sollte Grundlage einer aktiven Außen- und Revisionspolitik werden.<sup>2</sup> Dieses Kalkül schloß nahezu zwangsläufig eine die Interessen der USA voll berücksichtigende Politik ein; denn das für die ökonomische Stabilisierung und Expansion notwendige Kapital stand in erster Linie in den Vereinigten Staaten zur Verfügung, die im Verlauf des Weltkrieges eine ökonomische Kontrollstellung erlangt hatten. Für die Vereinigten Staaten, die entgegen einer immer wieder vertretenen Auffassung nach dem Ersten Weltkrieg keine isolationistische Politik betrieben, bildete demgegenüber die Deutschlandpolitik aus politischen und vor allem ökonomischen Gründen ein Kernstück ihrer auf wirtschaftliche und politische Stabilisierung abgestellten Europapolitik.<sup>3</sup> Die sich hieraus ergebende deutsch-amerikanische Inter-

u. Griechenland von März bis Juli 1941, Stuttgart 1973; H. Sundhausen, Südosteuropa in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft am Beispiel des „Unabhängigen Staates Kroatien“, in: Südost-Forschungen 32. 1973, S. 233—66, mit jeweils umfangreichen Literaturangaben; die Rolle des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages als Instrument der deutschen Südostexpansion betont W. Schumann, Aspekte u. Hintergründe der Handels- u. Wirtschaftspolitik Hitlerdeutschlands gegenüber Jugoslawien 1933 bis 1945, in: Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg“, Nr. 3, 1973; weitere Literaturhinweise bei H.-J. Schröder, Südosteuropa als „Informal Empire“ Deutschlands 1933—1939. Das Beispiel Jugoslawien, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas N. F. 23. 1975, S. 70—96; das bisher vor allem von der DDR-Forschung aufgeworfene Kontinuitätsproblem wird zu stark unter dem Aspekt der Entwicklung nach dem Kriegsausbruch gesehen, vgl. etwa Griff nach Südosteuropa. Neue Dokumente über die Politik des deutschen Imperialismus u. Militarismus gegenüber Südosteuropa im Zweiten Weltkrieg, hg. u. eingel. von W. Schumann, Berlin 1973. — Die folgende Darstellung basiert in erster Linie auf den Akten des Auswärtigen Amtes. Frau Dr. Keipert und Herrn Dr. Gehling danke ich für die Unterstützung meiner Archivistudien. — Der während der Drucklegung erschienene Aufsatz von R. Schönfeld, Die Balkanländer in der Weltwirtschaftskrise, in: VSWG 62. 1975, S. 179—213, konnte nicht mehr berücksichtigt werden.

2 Vgl. hierzu jetzt P. Krüger, Deutschland u. die Reparationen 1918/19. Die Genesis des Reparationsproblems in Deutschland zwischen Waffenstillstand u. Versailler Friedensschluß, Stuttgart 1973.

3 Grundlegend hierzu vor allem W. Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921—32, Düsseldorf 1970. Auf eine Auseinandersetzung mit dem Problem des amerikanischen ‚Isolationismus‘ wird hier verzichtet; vgl. insbesondere W. A. Williams, The Legend of Isolationism in the 1920's, in: Science and Society 18. 1954, S. 1—20; dazu R. J. Maddox, Another Look at the Legend of Isolationism in the 1920s, in: Mid-America 53. 1971, S. 35—43; als neuesten Beitrag die dem Ansatz Williams' allerdings nicht gerecht werdende Übersicht von K. Schwabe, Der amerikanische Isolationismus im 20. Jahrhundert. Legende u. Wirklichkeit, Wiesbaden 1975.

essenparallelität erklärt den schnellen wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands. Dieser war eine wichtige Voraussetzung für das vor allem von Außenminister Stresemann konsequent verfolgte Konzept, „politische Fragen auf wirtschaftlichem Wege zu lösen“:<sup>4</sup> „Ich glaube, die Benutzung weltwirtschaftlicher Zusammenhänge, um mit dem Einzigen, womit wir noch Großmacht sind, mit unserer Wirtschaftsmacht, Außenpolitik zu machen, ist die Aufgabe, die heute jeder Außenminister zu lösen hätte“, rechtfertigte Stresemann seine Locarnopolitik.<sup>5</sup> Auch in der historischen Analyse bedarf diese generalisierende Aussage keiner Modifizierung, denn eine realisierbare Alternative zur außenpolitischen Strategie Stresemanns ist für die Weimarer Revisionspolitik kaum vorstellbar.<sup>6</sup> Bei dem Bestreben der Berliner Diplomatie, „dem Deutschen Reich in politischer, militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht die Normallage einer europäischen Großmacht wiederzugewinnen, haben sich zwei Mittel als nützlich erwiesen“, resümierte im Juni 1930 ein Angehöriger des ersten Kabinetts Brüning treffend: „1. die Zusammenarbeit Deutschlands mit einem möglichst umfassenden Kreise ausländischer Staaten (Völkerbund, Rußland, Vereinigte Staaten von Amerika), 2. die Dienstbarmachung wirtschaftlicher Interessen für politische Zwecke“.<sup>7</sup> Namentlich die enge außenpolitische Anlehnung an die Vereinigten Staaten und der instrumentale Einsatz der Wirtschaftspolitik waren bis hin zu Brüning Axiome der Weimarer Außenpolitik.<sup>8</sup>

Was den instrumentalen Einsatz der Wirtschaftspolitik auf dem Gebiet der Außenpolitik anbelangt, so kam der Handelspolitik fraglos eine zentrale Bedeutung zu. Dem Aufbau eines umfassenden Handelsvertragssystems<sup>9</sup> — der dann nach dem Fortfall der von Deutschland den Signatarmächten des Versailler Vertrages einseitig zu gewährenden Meistbegünstigung (Januar 1925) realisiert wurde — mußte schon wegen der deutschen Wirtschaftsstruktur eine zentrale Rolle zufallen. Der Reichsregierung war es

4 Rede Stresemanns vor der „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Landsmannschaften in Groß-Berlin“, 14. Dezember 1925, in: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918—1945, Serie B, Bd. I,1 (zit. ADAP/B I,1), Göttingen 1966, S. 730.

5 Rede Stresemanns vom 22. November 1925 vor dem DVP-Zentralvorstand, abgedr. bei H. A. Turner, Eine Rede Stresemanns über seine Locarnopolitik, in: VfZ 15. 1967, S. 434.

6 Zur außenpolitischen Strategie Stresemanns vor allem M.-O. Maxelon, Stresemann u. Frankreich 1914—1929. Deutsche Politik der Ost-West-Balance, Düsseldorf 1972.

7 Reichsminister für die besetzten Gebiete (Trevisan) an AA, 24. Juni 1930, abgedr. bei W. Ruge u. W. Schumann, Die Reaktion des deutschen Imperialismus auf Briands Paneuropaplan 1930, in: ZfG 20. 1972, S. 61.

8 Vgl. im einzelnen Link.

9 Zu der von der historischen Forschung bisher kaum beachteten deutschen Handelspolitik in den 20er Jahren jetzt D. Stegmann, Deutsche Zoll- u. Handelspolitik 1924/25—1929 unter besonderer Berücksichtigung agrarischer u. industrieller Interessen, in: H. Mommsen u. a. (Hg.), Industrielles System u. politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Verhandlungen des Internationalen Symposiums in Bochum vom 12.—17. Juni 1973, Düsseldorf 1974, S. 499—513.

„durchaus klar“, wie es Reichswirtschaftsminister Hamm im August 1924 formulierte, „daß dem Außenhandel für Leben und Wirtschaft der Nation in Zukunft noch viel größere Bedeutung zukommen wird als in den Jahrzehnten vor dem Kriege“.<sup>10</sup> Der aus binnenwirtschaftlichen Notwendigkeiten sich ergebende Zwang zu einer expansiven Außenwirtschaftspolitik wurde von der deutschen Diplomatie allerdings nicht nur als Element der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Ausland gesehen, sondern unter Hinweis vor allem auf die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes als wichtiges Mittel zur Wahrnehmung außenpolitischer Interessen definiert: „Stärkster Faktor“, um das deutsche „Ansehen“ und den deutschen „Einfluß“ im Ausland wieder zu heben, argumentierte das Auswärtige Amt, sei die „Konsumkraft eines 60-Millionen-Volkes“. In der Tatsache, daß Deutschland zweitstärkster Konsument der Welt (nach den Vereinigten Staaten) sei, liege ein „Machtfaktor, der vielleicht noch nicht überall genügend eingeschätzt“ werde.<sup>11</sup> Die Handelsverträge mit den Vereinigten Staaten (1923) und Großbritannien (1924) sind hierfür Belege, denn sie markieren wichtige Etappen auf dem Wege zur Wiedererlangung außenpolitischer Gleichberechtigung.<sup>12</sup> Nicht zuletzt unter diesem Gesichtspunkt wurde in Berlin dem deutsch-französischen Handelsvertrag vom August 1927 „auch eine große allgemeinpolitische Bedeutung“ zugemessen.<sup>13</sup> Diese enge Verklammerung handelspolitischer Maßnahmen und außenpolitischer Zielsetzungen ist Ende 1930 am pointiertesten von einem Angehörigen der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes formuliert worden: „Von den besonderen wirtschaftlichen Gesichtspunkten abgesehen“ könne die Reichsregierung „schon deshalb unter keinen Umständen“ auf eine Handelspolitik verzichten, die sich auf dem Prinzip „do ut des“ aufbaue, weil nach dem „Verlust unserer militärischen Macht in der Handelspolitik wegen der Größe des deutschen Marktes das einzige wirksame Machtmittel liegt, das uns für die politische Gestaltung zur Verfügung steht“.<sup>14</sup> Die hier nur angedeutete außenpolitische Funktion der deutschen Wirt-

10 Reichswirtschaftsminister Hamm gegenüber dem Berliner Vertreter der Kölnischen Zeitung, als Anlage zu Runderlaß AA vom 26. August 1924, in: PA, Ha Pol, Geschäftsgang No. 21, Runderlasse, Bd. 1.

11 Undatierte Aufzeichnung AA ohne Unterschrift (April 1926), in: ADAP/B III, Göttingen 1968, S. 250.

12 Zum deutsch-amerikanischen Handelsvertrag: Link, S. 190 ff.; zum deutsch-englischen Handelsvertrag: B. J. Wendt, *Economic Appeasement. Handel u. Finanz in der britischen Deutschland-Politik 1933—1939*, Düsseldorf 1971, S. 39 ff.; W. Weidenfeld, *Die Englandpolitik Gustav Stresemanns. Theoretische u. praktische Aspekte der Außenpolitik*, Mainz 1972, S. 272 ff.

13 Schubert an Posse, 17. August 1927; in: ADAP/B VI, Göttingen 1974, S. 251, Anm. 3.

14 AA (Ritter) an Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, 24. November 1930, in: PA, Sonderreferat Wirtschaft (künftig SW), Zollwesen 4, Bd. 10, vor Abgang des Schreibens wurde die zitierte Passage vom Leiter der Handelspolitischen Abteilung, Ritter, gestrichen.

schafts- und namentlich Handelspolitik<sup>15</sup> macht es erforderlich, die seit Ende der 20er Jahre forcierte wirtschaftliche Einflußnahme Berlins in den südosteuropäischen Agrarstaaten nicht nur als ökonomisches Problem zu interpretieren. Vielmehr ist es für die historische Analyse unerlässlich, die in der Weltwirtschaftskrise besonders seit der Regierung Brüning forcierten Wirtschaftsbeziehungen zu Südosteuropa auch im Gesamtzusammenhang deutscher Außen- und Revisionspolitik zu begreifen.

Die Memoiren Heinrich Brünings haben erneut unterstrichen, daß sich sein politisches und wirtschaftliches Kalkül in der Weltwirtschaftskrise ganz am Primat der Außenpolitik orientierte: der Beseitigung der Reparationen zur Wiedererlangung außenpolitischer Handlungsfreiheit. Die von Brüning nicht aus wirtschaftstheoretischer Hilflosigkeit, sondern aus reparations- und außenpolitischen Überlegungen hartnäckig verfolgte Deflationspolitik im Innern ermöglichte überdies eine Intensivierung der deutschen Ausfuhr. Während die Reichsregierung unter dem Druck agrarischer Interessenpolitik eine vor allem gegen Agrarimporte gerichtete, ständig verschärfte Protektionspolitik betrieb, leitete sie ihrerseits eine Exportoffensive ein, in deren Verfolg die südosteuropäischen Agrarstaaten zunächst aus primär ökonomischen Motiven immer stärker in das Blickfeld der deutschen Wirtschaftsdiplomatie rückten.<sup>16</sup>

Die von Brüning intensivierte expansive Außenwirtschaftspolitik wurde zwar von allen Weimarer Regierungen als ein überaus wichtiges Problem erachtet, bei einem ungünstigen Konjunkturverlauf stellte es sich freilich um so schärfer: Im Juli 1928, als Reichsbankpräsident Schacht bereits ein „anscheinende[s] Abklingen der Konjunktur“ diagnostizierte,<sup>17</sup> verwies er in einem Bericht an die Reichsregierung ausdrücklich auf die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der „Ausfuhrsteigerung“, der man „immer größere Aufmerksamkeit schenken“ müsse.<sup>18</sup> Kurz zuvor hatte Reichskanzler Hermann Müller in seiner Regierungserklärung deren innenpolitischen Teil mit der Feststellung begonnen, daß die deutsche Wirtschaft zu „ihrer vol-

15 Mit der „Wirtschaftspolitik als Instrument der deutschen Außen- u. Revisionspolitik 1918/19—1933“ werde ich mich demnächst an anderer Stelle ausführlich auseinandersetzen.

16 Vgl. im einzelnen W. J. Helbich, *Die Reparationen in der Ära Brüning. Zur Bedeutung des Young-Plans für die deutsche Politik 1930 bis 1932*, Berlin 1962; D. Keese, *Die volkswirtschaftlichen Gesamtgrößen für das Deutsche Reich in den Jahren 1925—1936*, in: W. Conze u. H. Raupach (Hg.), *Die Staats- u. Wirtschaftskrise des Deutschen Reichs 1929/33*, Stuttgart 1967, S. 35—81; H. Brüning, *Memoiren 1918—1934*, Stuttgart 1970, S. 150 ff.; zur inneren Widersprüchlichkeit der Brüning'schen Wirtschaftspolitik jetzt T. P. Koops, *Zielkonflikte der Agrar- u. Wirtschaftspolitik in der Ära Brüning*, in: Mommsen, S. 852—68.

17 Bericht des Reichsbankpräsidenten an die Reichsregierung über die Lage der Reichsbank u. über Fragen der Finanz- u. Währungspolitik, 19. Juli 1928, in: Akten der Reichskanzlei. Das Kabinett Müller II, bearb. von M. Vogt, Boppard 1970, Bd. 1, S. 41.

18 Ebd., S. 36.

len Entfaltung der Entwicklung und Vertiefung ihrer weltwirtschaftlichen Beziehungen“ bedürfe; deshalb werde die Reichsregierung ihre „Kraft daran setzen“ durch „Pflege und Erweiterung der weltwirtschaftlichen Betätigung die deutschen Wirtschaftskräfte zu stärken“. In diesem Zusammenhang bezeichnete er die „Erweiterung unserer handelsvertraglichen Beziehungen, insbesondere auch zu den östlich und südöstlich gelegenen Staaten“ als eine „wesentliche Aufgabe“ der Reichsregierung.<sup>19</sup> Das von Müller artikulierte handelspolitische Interesse Berlins an Südosteuropa manifestierte sich unter anderem wenig später, als bei der Erörterung der schwebenden deutsch-rumänischen Finanzverhandlungen vom gesamten Kabinett die „wichtigen deutschen Wirtschaftsinteressen in Rumänien“ in die Überlegungen einbezogen wurden.<sup>20</sup> Die deutsche Gesandtschaft in Jugoslawien mahnte im Juli 1929 zwar zu einer nüchternen Einschätzung der gelegentlich in der deutschen Presse auftauchenden „reichlich phantastisch klingende[n] Äußerungen“ über die „künftige Bedeutung der Balkanstaaten als Abnehmer deutscher Industrieprodukte“, doch bestand auch für sie kein Zweifel, daß der Balkan zu „denjenigen europäischen Strichen“ gehöre, in denen die deutsche Ausfuhr bei „energischer Konzentrierung und systematischer Bearbeitung vielleicht schon in der nächsten Zukunft mehr erreichen“ könne als bisher.<sup>21</sup>

Den seit Beginn der Weltwirtschaftskrise gestiegenen Stellenwert der südosteuropäischen Staaten in den Überlegungen der Reichsregierung dokumentiert etwa die Rede von Reichswirtschaftsminister Dietrich vom April 1930 anlässlich der 50. Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages, in der er zu dem Schluß kam, daß die „Ordnung unserer Beziehungen zu den ost- und südosteuropäischen Staaten eine vordringliche und vielleicht die wichtigste Aufgabe“ der deutschen Wirtschafts- und Handelspolitik sei.<sup>22</sup> Entsprechend dem Brüning'schen Außenwirtschaftskonzept betrachtete Dietrich die deutsche Unterbilanz in den Handelsbeziehungen mit den überseeischen Agrarüberschußgebieten (Vereinigte Staaten, Kanada, Argentinien, Australien) „nur mit Entsetzen“, während er sich von einer „pfleglichen Behandlung“ der Beziehungen zu den ost- und südosteuropäischen Staaten, mit denen Deutschland zum Teil eine aktive Handelsbilanz aufwies (im Jahre 1929 etwa zu Ungarn und Jugoslawien), auch die Sicherung der internationalen Zahlungsfähigkeit des Reiches versprach.<sup>23</sup>

Dieser steigenden ökonomischen Bedeutung der südosteuropäischen Agrar-

19 Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 423, Berlin 1929, S. 39.

20 Kabinettsitzung vom 10. August 1928, Protokoll in: Akten der Reichskanzlei, Kabinett Müller II, S. 57.

21 Deutsche Gesandtschaft (künftig DG) Belgrad (Köster) an AA, 23. Juli 1929, in: PA, Ha Pol, Handakten Ritter, Jugoslawien, Bd. 2.

22 Rede vom 9. April 1930, in: Deutsche Wirtschafts-Zeitung, Jg. 27. 1930, S. 379.

23 Ebd., S. 378 f.; vgl. hierzu auch D. Doering, Deutsch-österreichische Außenhandelsverflechtung während der Weltwirtschaftskrise, in: Mommsen, S. 514—30.

staaten wurde man sich auch seitens der exportorientierten Industrie zunehmend bewußt. Dies strich Wilmowsky, Präsident des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages, heraus, als er Ende 1938 rückblickend resümierte: „In den Jahren 1929 und 1930 begannen weiterblickende Kreise der deutschen Industrie, insbesondere der Ruhrindustrie, der chemischen und der Elektro-Industrie, ihre Aufmerksamkeit stärker auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten zu richten, die eine Intensivierung der Handelsbeziehungen zu Südosteuropa unter Umständen ergeben könne.“<sup>24</sup> Im November 1932 hatte Wilmowsky die Ergebnisse einer Studienreise nach Jugoslawien und Rumänien dahingehend zusammengefaßt, „daß die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder für die gesamte deutsche Wirtschaft von der allergrößten Bedeutung“ sei und „daß sich aus diesem Grunde die deutsche Außen- und Wirtschaftspolitik der Pflege unserer Beziehungen zu diesen Ländern“ werde „besonders annehmen müssen“.<sup>25</sup>

Analog zur Debatte über die steigende wirtschaftliche Bedeutung der südosteuropäischen Staaten<sup>26</sup> wurde auch die interne Diskussion über die politischen Aspekte der deutschen Wirtschaftsbeziehungen zu Südosteuropa intensiviert. So verwies etwa die deutsche Gesandtschaft in Jugoslawien bei der Erörterung der deutschen Exportmöglichkeiten in dieser Region auf deren politische Komponente: Schließlich müsse auch die deutsche Wirtschaft „ein Mittel deutscher Politik“ sein. Daher sei es vom „allgemeinen deutschen Standpunkt“ aus gesehen vielleicht wichtiger, „auf dem Balkan ein Geschäft mit 7 % Verdienst zu machen, als in irgend einem verlorenen Winkel der Welt, wo deutsche Gesamtinteressen keine Rolle spielen, ein solches mit 10 %“.<sup>27</sup> Welchen enormen Stellenwert für diese ‚Gesamtinteressen‘ Südosteuropa in der Weltwirtschaftskrise erlangte, unterstreicht besonders eindrucksvoll eine im August 1930 für Brüning angefertigte Aufzeichnung, in der die Auffassung vertreten wurde, daß die Berliner Außenpolitik in Südosteuropa „den Hebel ansetzen“ müsse, weil „dort die Zukunftsmöglichkeiten Deutschlands liegen“. In diesem Zusammenhang sollte der Zusammenschluß mit Österreich „die vordringlichste Aufgabe der deutschen Politik sein, denn von einem zu Deutschland gehörenden Österreich aus könnte in ganz anderer Weise, als dies jetzt möglich ist, die Entwicklung im Südosten im Interesse Deutschlands beeinflußt und

24 Vortrag vom 22. November 1938, in: BA, R 63/186; vgl. Schumann, Griff, S. 17.

25 Mitteleuropäischer Wirtschaftstag, Deutsche Gruppe (Wilmowsky u. Hahn) an Papen, 2. November 1932, in: BA, R 43 I/621.

26 Weitere Belege bei Doering, S. 514 ff.; Schumann, Griff, S. 16 ff.; R. Berndt, Wirtschaftliche Mitteleuropapläne des deutschen Imperialismus (1926—1931). Zur Rolle des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages und der Mitteleuropa-Institute in den imperialistischen deutschen Expansionsplänen, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe 14. 1965, S. 227—36.

27 DG Belgrad (Köster) an AA, 23. Juli 1929, in: PA, Ha Pol, Handakten Ritter, Jugoslawien, Bd. 2.

gelenkt werden“ . Auf weite Sicht und im Hinblick auf die größeren Zukunftsmöglichkeiten betrachtet, scheint als erstes eine Lösung der Frage eines Zusammenschlusses mit Österreich wichtiger noch und dringlicher als selbst die Frage des polnischen Korridors.<sup>28</sup>

Angesichts des von führenden Wirtschaftlern und Politikern wiederholt artikulierten vitalen Interesses am südosteuropäischen Markt kann es nicht überraschen, daß man in Berlin die wirtschaftliche und politische Entwicklung der von der Weltwirtschaftskrise besonders hart betroffenen südosteuropäischen Agrarstaaten aufmerksam verfolgte. Das gilt namentlich für die zahlreichen Agrarkonferenzen, in denen die ost- und südosteuropäischen Agrarstaaten nach Möglichkeiten zur Überwindung der Absatzkrise suchten. Für das Jahr 1930 sind hier die Konferenzen von Bukarest (Juli), Sinaia (August), Warschau (August) und Bukarest (Oktober) zu nennen.<sup>29</sup> Anlässlich der ersten Bukarester Konferenz forderte das Auswärtige Amt die Gesandtschaften in Bukarest, Belgrad und Budapest auf, den zwischen der rumänischen, jugoslawischen und ungarischen Regierung über die Bildung eines Agrarblocks im Donaubecken stattfindenden Verhandlungen „besondere Beachtung zu schenken und über den Verlauf dieser Verhandlungen möglichst eingehend zu berichten“ .<sup>30</sup> Nach Auffassung des Auswärtigen Amtes konnte ein erfolgreicher Versuch der südosteuropäischen Staaten, „agrарische Interessen einheitlich und gemeinsam gegenüber anderen Ländern zu vertreten“ für Deutschland „handelspolitisch sehr weittragend und gefährlich werden“ .<sup>31</sup> Die Berichte der deutschen Missionen ließen zwar keinen Zweifel daran, daß man es hier mit einer gegen den Protektionismus der Industriestaaten und insbesondere gegen den deutschen Agrarprotektionismus gerichteten „agrарischen Abwehrfront“<sup>32</sup> zu tun habe, zugleich schienen die vor allem von Belgrad, Bukarest und Budapest entfaltenen wirtschaftlichen Initiativen für die deutsche Außenpolitik auch positive Aspekte zu enthalten.

Zwar sei es nicht ganz leicht, unter den vielen Vorschlägen und Anregungen, die jetzt zu der Frage einer Kooperation der ost- und südosteuropäischen Agrarländer „emporschießen“ , zwischen „phantastischen Luftschlössern, rein taktischen Schachzügen, politischen Versuchsballons und ernsthaften Wirtschaftsplänen zu unterscheiden“ , jedenfalls sei es erforderlich, „die Entwicklung aufmerksam zu beobachten“ , kommentierte der deutsche

28 AA an Reichskanzler, 26. August 1930, abgedr. bei Ruge u. Schumann, S. 70. Vgl. zu dieser Argumentation auch die Belege bei E. W. Bennett, *Germany and the Diplomacy of the Financial Crisis, 1931*, Cambridge/Mass. 1962, S. 50, 80.

29 Umfangreiches Material hierzu in: PA, SW, Wirtschaft 1-Agrarblock, Der Agrarblock der Südost-Europa-Staaten, Bd. 1—4.

30 AA (Ritter) an DG Bukarest, Budapest, Belgrad, 10. Juli 1930, ebd., Bd. 1.

31 Runderlaß AA (Bülow), 19. Juli 1930, in: PA, Pol. Abt. II, Politik 4/Kleine Entente, Bd. 9.

32 So etwa DG Belgrad (Hassell) an AA, 9. Juli 1930, in: PA, Wirtschaft 1-Agrarblock, Bd. 1.

Gesandte in Belgrad, v. Hassell, einer der eifrigsten Propagandisten eines von Deutschland beherrschten ‚Mitteleuropa‘ . Vom deutschen Standpunkt lag für ihn „sowohl wirtschaftlich wie auch politisch die Hauptbedeutung der Frage“ darin, daß „ein Wiederaufstieg Deutschlands nur im Rahmen und auf der Grundlage eines Mitteleuropa, das sich nicht neben oder gegen uns, sondern unter unserer entscheidenden Mitwirkung neuorganisiert“ , möglich sei. An sich müßten in Berlin alle Bestrebungen willkommen sein, die darauf gerichtet sind, „anstelle eines auf französischer Hegemonie und dem stabilisierten Besitzstand der Pariser Vorortverträge aufgebauten Paneuropa praktisch, d. h. zunächst wirtschaftlich orientierte Zusammenarbeit zusammengehöriger Gruppen zu setzen“ . In diesem Sinne sollten südöstliche Agrarblockpläne „grundsätzlich nicht schrecken“ , die Berliner Diplomatie müsse aber gewappnet sein, „im richtigen Augenblick mit eigener Initiative in die Entwicklung einzugreifen“ .<sup>33</sup> Diese Lagebeurteilung wurde vom deutschen Gesandten in Bukarest, Mutius, weitgehend geteilt, allerdings verwies er stärker auf die wirtschaftlichen und politischen Gefahren der vom tschechoslowakischen Außenminister Beneš verfolgten Pläne, die primär politisch motivierte Kleine Entente wirtschaftlich abzusichern.<sup>34</sup> Dennoch warnte Mutius, der die Situation unter dem Eindruck der zahlreichen zum Teil widersprüchlichen Initiativen treffend als „Schwebezustand“ charakterisierte, vor einer zu schnellen Fixierung der deutschen Position in der Agrarblockfrage. Angesichts der parallel bestehenden verschiedenen Entwicklungsmöglichkeiten und der sich für Deutschland eröffnenden handelspolitischen Perspektiven komme es für Berlin darauf an, sich nicht „vorzeitig prinzipiell fest[zul]egen“ , sondern abzuwarten, bis das „zunächst noch widerspruchsvoll sich darstellende Bild der Handelspolitik Südosteuropas sich einigermaßen geklärt“ habe.<sup>35</sup>

Daß sich dieser Klärungsprozeß mittel- und langfristig zugunsten Deutschlands vollziehen werde, glaubte v. Hassell im August 1930 voraussagen zu können: „Vielleicht“ werde „im Laufe der Zeit die steigende Wirtschaftsnot auch politisch widerwillige Staaten zwingen, mitteleuropäische Bedingungen und die entscheidende Bedeutung Deutschlands für alle solche Kombinationen anzuerkennen“ .<sup>36</sup> Es handelt sich hier nicht um die Spekulation eines einzelnen Diplomaten, sondern um die Formulierung der Berliner außenpolitischen Strategie zugrunde liegenden Leitidee: die Entwicklung einer außenpolitischen Dynamik als Folge der durch die Weltwirtschaftskrise beschleunigten ökonomischen Veränderungen in Mitteleuropa.

33 DG Belgrad (Hassell) an AA, 23. Juli 1930, ebd.

34 DG Bukarest (Mutius) an AA, 27. Juli 1930, in: PA, Pol. Abt. II, Politik 4/Kleine Entente, Bd. 10.

35 DG Bukarest (Mutius) an AA, 30. Juli 1930, in: PA, SW, Wirtschaft 1-Agrarblock, Bd. 1.

36 DG Belgrad (Hassell) an AA, 5. August 1930, ebd.

In ihrem sichtbaren Geschehen war die deutsche Südeuropapolitik zwar auf ökonomische Fragen abgestellt. Eine stärkere ökonomische Einflußnahme Berlins in Südosteuropa hatte in ihren faktischen Auswirkungen allerdings immer auch politische Bedeutung. Die von der Berliner Diplomatie verfolgte Strategie, wirtschaftliche Veränderungen in Südosteuropa außenpolitisch zu nutzen, konnte allerdings nur dann aufgehen, wenn es der Berliner Diplomatie gelang, trotz der depressiven Entwicklung der deutschen Wirtschaft und der dann unter Brüning immer schärfer hervortretenden inneren Widersprüche der Wirtschaftspolitik, die wirtschaftlichen Einflußmöglichkeiten zumindest offen zu halten. Hieraus ergab sich für Berlin nahezu zwangsläufig die Ablehnung der Briandschen Pan-Europagedanken, da diese Pläne im wesentlichen eine Fortschreibung der Versailler Friedensordnung und damit der Aufrechterhaltung der Vormachtstellung Frankreichs auf dem Kontinent zum Inhalt hatten. Bereits im August 1929 hatte Bernhard v. Bülow (Leiter des Referats Westeuropa, ab Juni 1930 Staatssekretär des Auswärtigen Amtes) unter Hinweis auf französische Pan-Europa-Vorstellungen notiert: „Das gegenwärtige Europa ist gestaltet durch die Friedensverträge, die die Alliierten einseitig geschaffen haben und sein Charakter wird zum großen Teil bestimmt vom Völkerbund, den ebenfalls die Alliierten nach ihren Wünschen geformt haben und in dem sie noch immer ausschlaggebend sind. Selbstredend wünschen sie ein Pan-Europa nur, wenn sie in diesem ebenfalls die Vorherrschaft besitzen. Mir will scheinen, daß wir für ein Pan-Europa nur dann politisches Interesse haben, wenn es auf einer neuen Basis also nicht in Anlehnung an den Völkerbund und an die Verträge aufgebaut wird und uns völlige Gleichberechtigung z. B. auch in der Sprachenfrage sichert. Ferner wenn es uns die Möglichkeit bietet, unsere zentrale geographische Lage auszuwerten und nicht umgekehrt uns hindert, unsere geographische Lage gegen die Alliierten auszuspielen.“ Die Hauptschwierigkeit dürfte aber darin bestehen, betonte Bülow, daß „ein Pan-Europa in Wirklichkeit auf keinem Gebiet vorhanden“ sei. „Die Vereinigten Staaten z. B. stehen uns in vieler Hinsicht näher und sind uns wichtiger als manche der europäischen Staaten.“ Namentlich die „engen wirtschaftlichen Beziehungen“ zu den Vereinigten Staaten und auch England standen nach seiner Auffassung einem deutschen Eingehen auf die französischen Pan-Europa-Pläne entgegen.<sup>37</sup>

In dieser für den internen Gebrauch erstellten Analyse sind bereits die wichtigsten Gesichtspunkte enthalten, die dann die Reichsregierung bestimmten, die im Briandschen Pan-Europa-Memorandum vom Mai 1930 enthaltenen Vorschläge unter Hinweis auf die angesichts der Weltwirtschaftskrise offenkundige Priorität ökonomischer Fragen abzulehnen.<sup>38</sup>

37 Bülow an Eisenlohr, 7. August 1929, in: PA, SW, Wirtschaft 1-Europa, Bd. 1.

38 Zur deutschen Reaktion auf Briands Europaplan vgl. im einzelnen J. W. Ewald, Die deutsche Außenpolitik u. der Europaplan Briands, Phil. Diss. Marburg 1961; W. Lippens, Europäische Einigungsidee 1923—1930 u. Briands Europaplan im

Die von den einzelnen Ressorts abgegebenen Stellungnahmen zu den Vorschlägen Briands lassen keinen Zweifel daran, daß die Reichsregierung nicht gewillt war, die seit Kriegsende konsequent durchgehaltene außenpolitische Strategie einer außenpolitischen Anlehnung an die USA und eines instrumentalen Einsatzes der Wirtschaftspolitik zugunsten der französischen Europapläne aufzugeben. Eine Realisierung des Briandschen Europaplanes hätte zumindest in der subjektiven Einschätzung durch die Reichsregierung eine Stabilisierung des französischen Sicherheitssystems impliziert. Damit wäre aber gerade das Berliner Kalkül, mittels wirtschaftlicher Durchdringung der südosteuropäischen Agrarstaaten die Kleine Entente als eines wichtigen Bestandteils dieses Sicherheitssystems zu schwächen, kaum realisierbar gewesen. Vor diesen Konsequenzen der französischen Pan-Europapolitik hat das Auswärtige Amt bezeichnenderweise auch mit dem Hinweis gewarnt, daß wegen der gegenwärtigen politischen Lage die „Möglichkeiten Deutschlands“ nur im Osten und Südosten liegen.<sup>39</sup>

Nachdem sich die Berliner Südeuropapolitik zunächst darauf beschränkt hatte, eine für die deutschen Interessen negative Präjudizierung der mitteleuropäischen Wirtschaftsentwicklung zu verhindern, ging die Reichsregierung unter dem Eindruck der intensivierten französischen Südosteuropapolitik<sup>40</sup> ihrerseits zu einer wirtschaftspolitischen Offensive über. Neben dem Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion<sup>41</sup> sind die Präferenzverträge mit Rumänien und Ungarn zu nennen. Sie stellen eine wichtige — mit dem Scheitern der deutsch-österreichischen Zollunion an Bedeutung zunehmende — konzeptionelle Alternative dar, um die deutsche Hegemonie in Südosteuropa zu realisieren. In den am 27. Juni und 18. Juli unterzeichneten Verträgen gestand Berlin für rumänische Gerste zur Viehfütterung und rumänischen Mais Vorzugszölle in Höhe von 50 % bzw. 40 % des jeweils geltenden allgemeinen Zollsatzes zu; Ungarn erhielt Vorzugszölle für Weizen in Höhe von 75 %. Als Gegenleistungen senkten Rumänien und Ungarn zahlreiche Industriezölle, die jedoch insofern keine Präferenz für deutsche Exporte darstellten, als diese Zollsenkungen allen in Rumänien und Ungarn meistbegünstigten Drittländern ebenfalls zugute kamen.<sup>42</sup> Die Reichsregierung betonte ausdrücklich den „Ausnahmecharak-

Urteil der deutschen Akten, in: HZ 203, 1966, S. 46—89, 316—63; Ruge u. Schumann, bes. die Dokumentation, S. 59—70; umfangreiches Material außerdem in: PA, SW, Wirtschaft 1-Europa, Bd. 1 ff.; PA, Ha Pol, Handakten Ges. Seeliger, Briand-Memorandum, Bd. 1.

39 Aufzeichnung AA (Ergänzungen zur deutschen Antwortnote), 7. Juli 1930, abgedr. bei Ruge u. Schumann, S. 64.

40 Vgl. hierzu etwa Runderlaß AA (Ritter), 13. Oktober 1930, in: PA, SW, Wirtschaft 1-Agrarblock, Bd. 1.

41 Zur deutsch-österreichischen Außenhandelsverflechtung vgl. Doering.

42 Umfangreiches Material hierzu in: PA, SW, Wirtschaft 1-Europa-Präferenzen, Präferenzen im deutsch-rumänischen u. deutsch-ungarischen Handelsvertrag, Bd. 1—5. Einen guten Überblick über die deutsche Präferenzpolitik bieten die in die-

ter' dieser Abmachungen; es handele sich nicht um ein „Präferenzsystem“, das etwa im Gegensatz zum „System der Meistbegünstigung“ stehe.<sup>43</sup> Dennoch sind in diesen Präferenzverträgen Ansätze zu einer mit Schachts Neuem Plan seit 1934 perfektionierten Bilateralisierung des deutschen Außenhandels zu sehen.

Nicht zuletzt wegen dieser tendenziell bilateralen Ausrichtung der deutschen Außenwirtschaft und der daraus resultierenden negativen Wirkungen für den deutschen Export in Drittländer hat der „Reichsverband der Deutschen Industrie“ sich Ende 1931 gegen eine übereilte Inkraftsetzung der Präferenzverträge ausgesprochen und noch einmal klargestellt, daß er den Abschluß dieser Verträge daher auch von vornherein nicht befürwortet habe. Nur aufgrund der von der Reichsregierung vorgetragenen „politischen Gesichtspunkte“ habe sich der Verband „eine gewisse Zurückhaltung auferlegt“.<sup>44</sup> Diese Stellungnahme unterstreicht die außenpolitische Bedeutung der deutschen Handelspolitik gegenüber Südosteuropa. Die „politischen Rückwirkungen, die eintreten werden, je nachdem Deutschlands wirtschaftliche Stellung auf dem Balkan gestärkt oder geschwächt wird“, brauchten nach Auffassung des Auswärtigen Amtes „nur angedeutet“ zu werden, um darzulegen, daß es sich bei der Präferenzpolitik in Südosteuropa „um mehr handelt als nur um einige tausend Tonnen Futtergetreide und Mais“. Gerade angesichts der Aktivitäten kapitalkräftiger europäischer Industriestaaten, insbesondere Frankreichs, mit denen Deutschland „als Kreditgeber heute weniger als je auf dem Balkan konkurrieren“ könne, müsse sich Deutschland mit Hilfe der Präferenzpolitik die „wirtschaftlichen und politischen Zukunftsmöglichkeiten offen halten“.<sup>45</sup>

Während sich die Berliner Diplomatie in langwierigen Verhandlungen darum bemühte, für die *bilateralen* Präferenzverträge die Zustimmung der auf dem deutschen Markt meistbegünstigten Länder zu erhalten, konzentrierte sie sich zugleich darauf, von anderen Staaten unternommene *multilaterale* Lösungsversuche zur Milderung der Agrarkrise in Südosteuropa abzublocken. Als etwa die englische Regierung Anfang 1932 den Vorschlag einer Donauzollkonföderation unterbreitete, verließ die Reichsregierung

sem Bestand enthaltenen Runderlasse des Auswärtigen Amtes vom 8. Juli 1931, 6. August 1931, 29. August 1931. Zu den hier nicht erörterten Einzelheiten vgl. demnächst den Beitrag von H. Sundhaufen, München, über die deutsch-rumänischen Präferenzverhandlungen.

43 Runderlaß AA (Wiehl), 29. August 1931, in: PA, SW, Wirtschaft 1-Europa-Präferenzen, Bd. 1.

44 Reichsverband der Deutschen Industrie (Kastl) an AA, 26. Oktober 1931, ebd., Bd. 2.

45 AA (Ritter) an Deutsche Botschaft (künftig DB) Moskau, 22. Juli 1931, in: PA, SW, Wirtschaft 1-Europa, Bd. 10, hier zit. nach dem Entwurf, vor Abgang wurden entsprechend der von Ritter geübten Praxis, die politischen Implikationen möglichst nicht schriftlich zu erörtern, die Formulierungen in „wirtschaftspolitischen Rückwirkungen“ und „wirtschaftspolitischen Zukunftsmöglichkeiten“ abgemildert.

ihrer „Überraschung“ darüber Ausdruck, daß sie einem wirtschaftlichen Zusammenschluß zustimmen solle, der sich „zwangsläufig als eine Abriegelung Südosteuropas vom deutschen Export und damit als eine schwere Schädigung der deutschen Wirtschaft auswirken müßte“. Deutschland, von allen Ländern Europas mit am stärksten von der Weltwirtschaftskrise betroffen, sei „infolge der Beschränktheit seines Raumes und der Intensität seiner Industrialisierung mehr als irgend ein anderes Land auf die Sicherung und Erweiterung seiner Exportmöglichkeiten angewiesen“. Seine „geographische Lage unmittelbar vor den Toren Südosteuropas“ gebe Deutschland angesichts seiner Wirtschaftsstruktur die „natürliche Bestimmung, wichtigster Lieferant und Abnehmer der Agrarstaaten Südosteuropas zu sein“. Insofern sei ein „wirtschaftlicher Zusammenschluß der Donaustaaten ohne Deutschland . . . gleichbedeutend mit einem Zusammenschluß dieser Staaten gegen Deutschland“. Im übrigen bezweifelte Berlin, ob mit einer auf die sechs Donaustaaten beschränkten Zollunion die angestrebten wirtschaftlichen Ziele überhaupt erreichbar wären. Nach deutscher Auffassung konnte hier nur die „Einbeziehung eines für landwirtschaftliche Produkte in hinreichendem Umfange aufnahmefähigen Industriegebietes . . . den Ausgleich schaffen, der eine wirkliche Belebung der südosteuropäischen Agrarkrise erhoffen ließe“. Kein Wirtschaftsgebiet sei jedoch dazu geeigneter und von der „Natur berufener“ als Deutschland.<sup>46</sup>

Noch entschiedener reagierte die Reichsregierung auf den Plan des französischen Ministerpräsidenten Tardieu vom März 1932, die Donaufrage durch einen engen wirtschaftlichen Zusammenschluß der Staaten der Kleinen Entente mit Österreich und Ungarn zu lösen.<sup>47</sup> Dieses Projekt wurde in Berlin stärker als der britische Vorschlag einer Donauzollkonföderation unter politischen Gesichtspunkten gesehen. Das machte das Auswärtige Amt in einem von Staatssekretär v. Bülow unterzeichneten Erlaß<sup>48</sup> deutlich, in dem die mit dem Tardieu-Plan von Paris angestrebte Entwicklung im Donaoraum und deren Konsequenzen für die deutsche Politik ausführlich analysiert wurden: Politisch verspreche sich Frankreich von seinem Plan eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Kleinen Entente mit Österreich und Ungarn eine „Verminderung der Anschlußgefahr, eine Lahmlegung der ungarischen Revisionspolitik und eine Schwächung der italienischen Einflüsse im Donaoraum“. Die wirtschaftlichen Ziele des Tardieu-Planes seien „vor allem negativ“. Einmal solle der

46 Aufzeichnung Bülow, Anlage zu Bülow an Reichskanzler, 25. Januar 1932, in: BA, R 43 I/620; vgl. auch Aufzeichnung Bülow über eine Unterredung mit dem englischen Botschafter, 19. Januar 1932, ebd. (Hervorhebung im Original).

47 Zum Tardieu-Plan vgl. J. Kühl, Föderationspläne im Donaoraum u. in Ostmitteleuropa, München 1958, S. 43 ff.; O. Carmi, La Grande-Bretagne et la Petite Entente, Genf 1972, S. 183 ff.

48 AA (Bülow) an DG Wien, Budapest, Prag, Bukarest, Belgrad, Sofia, 30. März 1932, in: PA, Handakten Wiehl, Donaoraum, Bd. 1.

„Wirtschaftsexpansion Deutschlands donauabwärts . . . ein Riegel vorge-schoben“ und damit das „Schreckgespenst der Bildung eines wirtschaftlichen ‚Mitteleuropa‘ . . . endgültig gebannt werden“. Daneben habe Frankreich „zweifelloos auch ganz erhebliche positive Interessen“ an einer wirtschaftlichen Gesundung des Donauraums. Die „zahlreichen Anleihen“, die in den letzten Jahren, vor allem in die Länder der Kleinen Entente, „von Paris aus geflossen sind und heute als im höchsten Grade gefährdet, wenn nicht schon als verloren, erscheinen, verbürgen die Ehrlichkeit dieses Interesses“. Daß der französische Plan, soweit er einer wirtschaftlichen Gesundung der Donaustaaten dienen solle, „zum mindesten sehr mangelhaft ist, insofern er sich in seinen wirtschaftlichen Auswirkungen wesentlich darin erschöpfen würde, die tschechoslowakische Industrie zu Lasten der deutschen Industrie zu begünstigen, ohne die Absatznot der Agrarländer des Donauraums, also die Hauptursache der Krise, zu beheben, wird auch in Paris nicht verkannt werden können“. Wenn Paris dennoch an seinem Plan festhalte und den deutschen Vorschlag „einer Ergänzung des südosteuropäischen Agrargebiets durch das mitteleuropäische Industriegebiet ablehnen zu müssen glaubt“, so beweise dies lediglich, daß für die französische Haltung nicht der Wunsch nach „einer wirklichen Gesundung“ der Donaustaaten, sondern der Wunsch, die französischen „politischen und negativ wirtschaftlichen Ziele in diesem Gebiete zu fördern“, entscheidend sei. Aus französischer Perspektive sei es verständlich, daß Paris insbesondere angesichts der akuten Finanzkrise in Österreich und Ungarn den gegenwärtigen Zeitpunkt für die Realisierung seiner Ziele auch in Hinblick auf die italienische und englische Position als „besonders günstig“ erachte. Kontakte mit französischen Diplomaten und Tardieu selbst (Mitte März 1932 in Genf) hätten „mit aller Deutlichkeit ergeben, daß die Französische Regierung entschlossen ist, eine den politischen Wünschen Frankreichs entsprechende ‚Sanierung‘ des Donauraums mit allen sich aus der finanziellen Machtposition Frankreichs ergebenden Mitteln zu erzwingen“, und daß Tardieu diesem Projekt „weit mehr als ein rein dienstliches Interesse“ entgegenbringe.

Während bei der Interpretation der französischen Intentionen zu Recht die politische Komponente in den Vordergrund gestellt wurde, leugnete Bülow jedes primär politische Interesse Berlins in Südosteuropa, vielmehr rückte er das ökonomische Moment ganz in den Mittelpunkt der Überlegungen. Deutschland verfolge im Donaauraum „keine machtpolitischen Ziele“, vielmehr sei das „besondere Interesse“ Deutschlands in dieser Region „rein wirtschaftlicher Natur“. Das ergebe sich sowohl aus der geographischen Lage als auch aus der Tatsache, daß die deutsche Wirtschaft, aufgrund ihrer Struktur weitgehend auf den Export angewiesen, wegen der weltweiten Autarkie-Tendenzen in den „Erschließungsmöglichkeiten des südosteuropäischen Marktes eine ihrer wertvollsten Zukunftshoffnungen“ erblicke. Aus diesem Grunde habe Deutschland an einer mit der

ökonomischen Stabilisierung der Donaustaaten einhergehenden „Hebung der Kaufkraft“ ihrer Bevölkerung ein „ganz unmittelbares Interesse“, müsse sich aber „mit aller Entschiedenheit dagegen zur Wehr setzen, wenn unter dem Deckmantel einer ‚Sanierung‘ versucht werde, den deutschen Export von diesem Absatzmarkt zu verdrängen“. Ein derartiger Versuch stehe im Widerspruch zu den wirtschaftlichen Tatsachen, denn die südosteuropäischen Agrarländer könnten „unmöglich auf den deutschen Markt verzichten“.

Ungeachtet dieser Abhängigkeit der südosteuropäischen Agrarstaaten vom deutschen Markt war man sich im Auswärtigen Amt allerdings darüber im klaren, daß Frankreich vielleicht in der Lage sein werde, angesichts „seiner heutigen Machtposition“ seine Ziele kurzfristig durchsetzen zu können.<sup>49</sup> Das werde die Donaustaaten allerdings auf einen Kurs zwingen, der keine echte wirtschaftliche Gesundung bedeute, „da er mit dem Verlust des deutschen Absatzmarktes für die Agrarprodukte dieser Länder verbunden wäre“. Es liege daher nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern ebenso im Interesse der Donaustaaten, daß „Kombinationen vermieden werden, denen nicht wirtschaftliche, sondern politische Erwägungen zugrunde liegen“. Hier spiegelt sich das Vertrauen Berlins in die langfristige Bedeutung des deutschen Marktes als Absatzgebiet für die Überschußprodukte der südosteuropäischen Agrarstaaten wider. Für die deutschen diplomatischen Vertreter in den Donaustaaten wurde es für die nächste Zeit als „eine der wichtigsten Aufgaben“ bezeichnet, die in dem Erlaß entwickelten Gedankengänge „in ihren Gesprächen mit maßgebenden Vertretern der Regierung, der Politik und vor allem der Landwirtschaft zu verwerthen und ihnen nach Möglichkeit auch Eingang in die Presse zu verschaffen“. Es ist charakteristisch für das mittel- und langfristige, auf eine relative ökonomische Schwächung Frankreichs abgestellte Kalkül, wenn Bülow ausdrücklich herausstrich, „daß es bei der heutigen Budgetlage Frankreichs und bei dem außerordentlichen Mißtrauen, mit dem die französischen Banken und der französische Sparer jeder Anlage von Geldern im Donaauraum infolge der dort gemachten schlechten Erfahrungen gegenüberstehen, im höchstem Grade zweifelhaft erscheinen muß, ob Frankreich über den dringendsten Augenblicksbedarf hinaus zu einer größeren finanziellen Hilfeleistung überhaupt in der Lage sein wird.“

Angesichts dieser Einschätzung des Auswärtigen Amtes sowie auch der von der deutschen Presse formulierten Kritik an den Vorstellungen Tardieus<sup>50</sup> überrascht es nicht, wenn die Londoner Donaukonferenz (6. bis 8. April 1932), auf der Deutschland, Italien, Frankreich und Großbritannien über Methoden der Sanierung des Donauraums berieten, keine konkreten Ergebnisse brachte. Die Tatsache, daß sich die beteiligten Mächte zur Not-

49 Vgl. hierzu insbesondere auch DG Belgrad (Hassell) an AA, 6. Januar 1932, in: PA, SW, Wirtschaft 1-Europa, Bd. 14.

50 Z. B. Kölnische Zeitung vom 19. März 1932 (Ein nutzlos vertanes Jahr).

wendigkeit einer wirtschaftlichen und finanziellen Stabilisierung der Donaustaaten bekannten, vermochte über die deutsch-französische Interessengegensätze nicht hinwegzutäuschen. Während die französische Seite es als notwendig erachtete, Präferenzen zwischen den Donaustaaten zuzulassen, um sie wieder kreditwürdig zu machen, wurde dies von deutscher Seite mit dem Hinweis auf das damit nicht gelöste Absatzproblem der Agrarstaaten abgelehnt. Staatssekretär v. Bülow, der die beteiligten Mächte aufforderte, sich auf ökonomische Sachfragen zu konzentrieren ("that all political considerations should be left aside"), bezeichnete die französische Konstruktion mit ihrer Bevorzugung der tschechoslowakischen Industrieexporte als eine schwere Beeinträchtigung deutscher Exportinteressen, die Berlin wegen der depressiven Entwicklung der deutschen Wirtschaft keinesfalls hinnehmen könne.<sup>51</sup> Die Reichsregierung befand sich in der Auseinandersetzung mit dem Tardieu-Plan in der taktisch günstigen Situation, daß sie einmal an die französische Argumentation gegen den deutsch-österreichischen Zollunionsplan anknüpfen und zum anderen auf ihre Bereitschaft verweisen konnte, den südosteuropäischen Agrarstaaten *einseitig* Präferenzen zu gewähren.<sup>52</sup> Diese im Sommer 1931 inaugurierte Präferenzpolitik, die durch den Tardieu-Plan ein „viel aktuelleres Interesse“ erhalten hatte, wurde in Berlin dann auch als „stärkster Atout im Gegenspiel gegen die Donaupläne Tardieus“ definiert.<sup>53</sup> Allerdings sah sich die Reichsregierung wegen — des nicht mehr erwarteten — Einspruchs der Vereinigten Staaten vom Mai 1932 nicht in der Lage, die Präferenzverträge in Kraft zu setzen. Mit Rücksicht auf das für Brünings Kalkül zentrale Reparationsproblem wollte Berlin über den Widerspruch Washingtons nicht hinweggehen.<sup>54</sup> Ungeachtet der von dem amerikanischen Widerstand ausgehenden Hemmungen für die deutsche Wirtschaftsexpansion nach Südosteuropa, war die deutsche Politik auch vor 1933 insofern erfolgreich, als sie verhindern konnte, daß die Donaufrage durch die Inkraftsetzung französischer Konzeptionen präjudiziert wurde. Der Hinweis auf die — etwa auf der Konferenz von Stresa im September 1932 erneuerte — Bereitschaft Deutschlands zur Aufnahme südosteuropäischer Agrarprodukte und die Drohung der Reichsregierung, die aus der Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes resultierenden „handelspolitischen Vorteile“ dort „auswerten“ zu wollen, wo sie eine „entsprechende Steigerung der deutschen Ausfuhr sicherstellen“

51 Zur Donaukonferenz Carmi, S. 193 ff.; Konferenzprotokolle in: PA, Handakten Wiehl, Donauraum, Bd. 1. Zu den etwaigen innenpolitischen Rückwirkungen einer in London erfolgreichen französischen Politik vgl. Brüning, S. 534 f.

52 Vgl. Aufzeichnung Kroll zur Präferenzfrage, 1. April 1932, in: PA, Handakten Wiehl, Donauraum, Bd. 1, sowie die Bemerkungen Bülows in London, Protokolle ebd.

53 AA (Ritter) an DG Buenos Aires, 29. März 1932, in: PA, Handakten Wiehl, Präferenzen, Bd. 1.

54 Zusammenfassend AA (Bülow) an DG Wien, Budapest, Prag, Bukarest, Belgrad, Sofia, 30. März 1932, in: PA, Handakten Wiehl, Donauraum, Bd. 1.

könne, reichten aus, um jede der deutschen Interessen zuwiderlaufende Lösung im Donauraum scheitern zu lassen.<sup>55</sup> Trotz der Schrumpfung des deutschen Außenhandels im Verlauf der Weltwirtschaftskrise und der durch den verschärften Agrarprotektionismus verengten Einfuhrmöglichkeiten an landwirtschaftlichen Erzeugnissen,<sup>56</sup> erwies sich die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes als das entscheidende Vehikel einer primär gegen die französischen Interessen gerichteten Politik.

Mitte April 1932 legte Ministerialdirektor Posse (Reichswirtschaftsministerium) vor dem Kabinett noch einmal dar, warum die „Zeit für Deutschland arbeite“: Paris dränge im Interesse seiner Kapitalinvestitionen auf dem Balkan auf eine „beschleunigte Lösung“. Auf dem Balkan stünden französische Anleihen und andere Kapitalien in der Größenordnung von über sieben Milliarden Francs auf dem Spiel. Das Projekt des Donaublocks solle „gleichzeitig der Gefahr begegnen, daß diese Gelder verloren gingen“. Gerieten die Rückzahlungen einmal ins Stocken, würde das „wie eine Seuche auf dem Balkan um sich greifen“.<sup>57</sup> Die aus diesen Überlegungen sich ergebende Verzögerungsstrategie ist vom Auswärtigen Amt und vom Reichswirtschaftsministerium konsequent durchgehalten und von Brüning voll gedeckt worden: Deutschland, so betonte der Reichskanzler, habe „ein Interesse daran, daß die Lösung verzögert werde, weil die Finanzschwierigkeiten in Frankreich sich in allernächster Zeit mehren würden“. Überdies gelte es, die polnische „Abneigung gegen den Donauplan auszunutzen und Polen gegen den Plan auszuspielen“. Gerade angesichts der zu beobachtenden Tendenz, „daß Polen seine politische Stellung zwischen Frankreich und Rußland zu verlieren drohe“, handele es sich „also um ein großes Spiel“, auch deswegen „dürfe der Tardieu-Plan nicht forciert werden“.<sup>58</sup>

Nicht zuletzt diese Äußerungen erhellen, daß es der Reichsregierung trotz ihrer handelspolitischen Interessen in Südosteuropa nicht primär um die schnelle Realisierung konkreter Hilfsmaßnahmen für die südosteuropäischen Agrarstaaten ging. Vielmehr wünschte namentlich die Regierung Brüning aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Balkanländer für ihre gegen das französische Sicherheitssystem gerichtete Revisionspolitik politischen Nutzen zu ziehen. Insofern konnte der Reichsregierung an einer weiteren Verschärfung der Agrarkrise eher noch gelegen sein. Das erklärt die auch von den Kabinetten Papen und Schleicher fortgesetzte Verzögerungstaktik

55 Aufzeichnung AA (Skizze für eine zusammenhängende Darlegung unseres Standpunktes in der Donaufrage bei der Aussprache in London), 3. April 1932, in: PA, Ha Pol, Handakten Ritter, Donauföderation, Bd. 1.

56 Umfangreiches Material hierzu in: PA, SW, Zollwesen 4, Die Zoll- u. Steuermaßnahmen im Frühjahr 1930, Bd. 1—8.

57 Auszug aus der Niederschrift über die Ministerbesprechung vom 13. April 1932 in: BA, R 43 I/620.

58 Ebd.: Ausführungen Brünings.

gegenüber französischen Sanierungsplänen für den Donauraum. Denn je weniger es der französischen Diplomatie gelang, in der Weltwirtschaftskrise ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluß in Südosteuropa zu stabilisieren, um so leichter konnte Berlin die südosteuropäischen Agrarstaaten ökonomisch und damit auch politisch an Deutschland binden.

An die vor allem in den Jahren 1930 bis 1932 präzierte außenpolitische Strategie gegenüber Südosteuropa hat die Reichsregierung nach der nationalsozialistischen Machtergreifung anknüpfen können. So formulierte Staatssekretär Bülow in seiner außenpolitischen Gesamtanalyse vom März 1933: „Unsere Politik gegenüber der Kleinen Entente wird sich zum Ziel setzen müssen, ihre Bindung an Frankreich möglichst zu lockern und insbesondere auch die Tschechoslowakei von einer allzu engen Anlehnung an Polen abzuhalten. Das beste Mittel hierfür wäre zweifellos eine Wirtschaftspolitik, die den deutschen Absatzmarkt für die Produkte dieser Länder öffnet. Vor allem Jugoslawien und Rumänien könnten bei ihrer heutigen katastrophalen Wirtschaftslage auf diesem Wege in der Richtung ihrer Außenpolitik maßgebend beeinflußt werden.“ Bülow machte insbesondere noch einmal deutlich, daß die in der Wilhelmstraße in den letzten Jahren entwickelte Strategie gegenüber Südosteuropa sich nicht auf die Wahrnehmung außenwirtschaftlicher Ziele beschränkte. Die Berliner „Politik der wirtschaftlichen Unterstützung der unteren Donaustaaten (Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien)“, wie sie zuletzt auf der Konferenz von Stresa zum Ausdruck gekommen sei, habe auch auf „politischen Erwägungen“ beruht. Bülow drängte vor allem deshalb zur Fortsetzung dieser Politik der ökonomischen Kooperation mit den südosteuropäischen Agrarstaaten, weil Berlin der „großen politischen und finanziellen Anziehungskraft Frankreichs“ in diesen Ländern etwas anderes „zur Zeit nicht entgegensetzen“ habe.<sup>59</sup>

Auf diese Überlegungen Bülows stützte sich Außenminister v. Neurath, als er dem Kabinett Anfang April 1933 gegenüber den südosteuropäischen Staaten eine wirtschaftliche und politische Doppelstrategie empfahl: Gerade angesichts der Tatsache, daß „über die Tschechoslowakei der politische Einfluß Frankreichs“ in Südosteuropa wieder gestärkt worden sei, müsse Berlin versuchen, „Rumänien und Jugoslawien in wirtschaftlicher Hinsicht zu unterstützen, einmal, um politischen Einfluß zu gewinnen, und ferner, um dieses wichtige Absatzgebiet für unsere Ausfuhr zu erhalten“. Es müsse angestrebt werden, „die in Stresa inaugurierte Wirtschaftspolitik fortzu-

59 Denkschrift vom 13. März 1933, abgedr. bei G. Wollstein, Eine Denkschrift des Staatssekretärs Bernhard v. Bülow vom März 1933. Wilhelmische Konzeption der Außenpolitik zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft, in: MM 13. 1973/1, S. 83—95, Zitate: S. 90 f. Zur politischen Komponente der französischen Anleihepolitik in Ost- und Südosteuropa nach dem Ersten Weltkrieg vgl. jetzt auch A. Teichova, An Economic Background to Munich. International Business and Czechoslovakia 1918—38, Cambridge 1974, S. 14 ff.

setzen und nach Möglichkeit den notleidenden Agrarstaaten des Balkans Zollpräferenzen für ihre wirtschaftliche Ausfuhr zu gewähren“.<sup>60</sup>

Die hier hervorgehobene instrumentale Funktion der Handelspolitik auch zur Durchsetzung außenpolitischer Interessen ist gegenüber den südosteuropäischen Staaten im Jahre 1933 jedoch allenfalls tendenziell erkennbar, weil auch innerhalb der Reichsregierung keine völlige Klarheit über den einzuschlagenden handelspolitischen Kurs herrschte, eine mittel- oder gar langfristige Handelspolitik schon aus diesem Grunde nicht möglich war. Bülow hatte daher geraten, „vor grundsätzlichen Festlegungen die Entwicklung der nächsten Monate abzuwarten und in der Zwischenzeit sich darauf zu beschränken, möglichst alle Wege offen zu halten und akute Fragen durch Zwischenlösungen zu regeln“.<sup>61</sup> Überdies schienen die nach der nationalsozialistischen Machtergreifung noch verstärkten Agrarschutzmaßnahmen eine auf den Binnenmarkt orientierte Wirtschaftspolitik und damit die von führenden Nationalsozialisten propagierte „Autarkie“ Deutschlands einzuleiten.

So beklagte etwa ein ungarischer Importeur im Mai 1933, daß sich die Absatzchancen für deutsche Produkte in Ungarn nicht nur wegen der depressiven Entwicklung der ungarischen Wirtschaft „wesentlich verschlechtert“ hätten, auch die „Agrarsperre des dritten Reichs“ habe die Tür zugeschlagen. Ungarns „Existenzfrage“ sei der Export seiner landwirtschaftlichen Produkte. Dieser Agrarexport sei bisher auch zumindest in bescheidenem Maße nach Deutschland möglich gewesen, „zuletzt aber durch die hohen autarkischen Agrarzölle und sonstigen Verfügungen“ seit Anfang 1933 „einfach abgeschnitten“ worden. Damit stehe Ungarn „eigentlich in einem stillen Wirtschaftskrieg“ mit Deutschland.<sup>62</sup> Daß es sich hier nicht um einen rein ökonomischen Vorgang handelte, machten die Reaktionen in der Wilhelmstraße deutlich. Neurath hielt es aus „außenpolitischen Gründen für notwendig“, wie er gegenüber Hugenberg im Mai 1933 betonte, daß den ungarischen Einfuhrwünschen Rechnung getragen werde.<sup>63</sup>

Beide Faktoren, die Unklarheit über den einzuschlagenden handelspolitischen Kurs und der nach der Machtergreifung noch verstärkte Agrarprotektionismus, erklären, warum im Ausland die Möglichkeiten einer aktiven deutschen Außenwirtschaftspolitik zunächst als begrenzt eingeschätzt wurden: Seit dem Tardieu-Plan hätten sich „die Dinge wesentlich

60 Niederschrift über die Ministerbesprechung vom 7. April 1933, in: ADAP/C I, Göttingen 1971, S. 258.

61 Aufzeichnung Bülow (Deutsche Außenhandelspolitik), 24. März 1933, in: Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Bestand AA, Büro Reichsminister, Nr. 60966.

62 Zit. nach Handelskammer Hamburg an Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe in Hamburg, 20. Mai 1933, Anlage zu Staatsamt für auswärtige Angelegenheiten, Hamburg, an AA, 26. Mai 1933, in: PA, SW, Zollwesen 4-Agrarprogramm, Bd. 8.

63 Neurath an Hugenberg, 17. Mai 1933, in: ADAP/C I, S. 450.

geändert“ , erläuterte ein tschechoslowakischer Politiker. Deutschland sei „anders geworden“ und als Abnehmer landwirtschaftlicher Produkte „weniger entscheidend“. „Sein Programm bildet die wirtschaftliche Autarkie, die ihm für den Kriegsfall wichtig“ erscheine; ebenso beginne Italien „landwirtschaftlich autark“ zu werden. Deutschland und Italien könnten daher „ihren entscheidenden Einfluß bei Abnahme der Agrarprodukte der Donaustaaten nicht mehr wie früher geltend machen“. Damit nehme der französische Markt für die Donaustaaten zugleich an Bedeutung zu. Die Abnahmefähigkeit von Agrarprodukten wurde hier völlig zu Recht als „das einzig entscheidende Moment“ für die Donaufrage aufgefaßt. Die Schlußfolgerung, daß Deutschland „jetzt viel weniger befähigt“ sei, die „Konsumkraft bei den Verhandlungen in die Waagschale zu werfen“,<sup>64</sup> sollte sich, was die Entwicklung seit Ende 1933 anbelangt, allerdings als falsch erweisen. In den ersten Monaten nach der Machtergreifung — die Reaktionen des Auslandes lassen daran keinen Zweifel — hatten sich die von Hugenberg zunächst maßgeblich bestimmte Agrarpolitik und namentlich die in Fortsetzung der Weimarer Protektionspolitik weiter verschärften Einfuhrbeschränkungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse auf die deutsche Handelspolitik gegenüber den Agrarstaaten besonders negativ ausgewirkt. Das erklärt, warum die von Bülow und Neurath im März und April vorgeschlagene Fortsetzung der Südostexpansion in den ersten Monaten nach der Machtergreifung zunächst stagnierte. Die Ausschaltung Hugenbergs und die Übernahme des Reichsernährungsministeriums durch Darré signalisieren dann die Zurückdrängung einer primär die landwirtschaftlichen Interessen begünstigenden Agrarpolitik. Mit der Gleichschaltung der landwirtschaftlichen Interessengruppen, den zahlreichen gesetzlichen Maßnahmen zur zentralen Steuerung der gesamten Landwirtschaft mittels staatlicher Kontrolle über Preis- und Absatzpolitik, sowie der ‚korporativen‘ Zusammenfassung der Bauernschaft im „Reichsnährstand“, hatte sich das nationalsozialistische Regime bis zum Herbst 1933 die entscheidenden Instrumente geschaffen, um die Agrarpolitik gesamtwirtschaftlichen und politischen Interessen, mithin auch den hier zur Debatte stehenden außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Zielen unterzuordnen. Die Etablierung einer „bäuerlichen Marktordnung“ durch die Bildung von Zwangskartellen ist von nationalsozialistischer Seite dann auch ausdrücklich als handelspolitischer Vorteil herausgestrichen worden: Diese neue innere Marktordnung habe „eine ganz neue Möglichkeit des Abschlusses von Handelsverträgen geschaffen“. So war es der Reichsregierung möglich, den Inlands- und Einfuhrbedarf an landwirtschaftlichen Produkten voranzuplanen und damit längerfristige handelspolitische Vereinbarungen zu treffen. Darüber hinaus schuf auch die seit Ende 1933 verstärkt prak-

64 DG Prag (Koch) an AA, 12. September 1933, in: PA, Handakten Wiehl, Donauraum, Bd. 1.

tizierte Politik, den deutschen Importbedarf nur bei den Ländern zu decken, die als „Gegenleistung“ deutsche Industrieprodukte aufnehmen, die Möglichkeit, ausländische Agrarprodukte zu importieren, ohne „ein Überangebot an Ware auf dem deutschen Markt zu erzeugen“.<sup>65</sup> Die nach der Machtergreifung rigoros ausgeschalteten inneren Widerstände gegen Agrarimporte in Verbindung mit der beschleunigten Aushöhlung des Meistbegünstigungsprinzips versetzte das nationalsozialistische Regime in einem viel stärkeren Maße als die Weimarer Regierungen in die Lage, die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes in bilateralen Verhandlungen wirtschaftlich und politisch auszuspielen. Die handelspolitischen Vereinbarungen mit Ungarn und Jugoslawien zu Beginn des Jahres 1934 sind wichtige Belege für den Erfolg dieser Politik.

In einer am 21. Februar 1934 unterzeichneten Zusatzvereinbarung zum deutsch-ungarischen Handelsvertrag vom Juli 1931 räumte Berlin für zahlreiche ungarische Agrarprodukte geheime Präferenzen ein. Hier handelte es sich zwar nicht um Zollpräferenzen, durch die Gewährung von sog. „Ausfuhrvergütungen“ erhielt Ungarn aber insofern auf dem deutschen Markt eine „Vorzugsstellung“, als es in die Lage versetzt wurde, die deutschen Zölle zu „überspringen“ und auch die Preisspanne zwischen den Weltmarktpreisen und den höheren ungarischen Inlandspreisen weitgehend „auszugleichen“. Neben der Erlangung zahlreicher handelspolitischer Vorteile wie fester Einfuhrkontingente für deutsche Exporte nach Ungarn und der Auftauung in Ungarn eingefrorener deutscher Guthaben verfolgte die Reichsregierung auch eine „Stärkung der politischen Unabhängigkeit Ungarns nicht nur gegenüber der Kleinen Entente, sondern auch gegenüber Italien“. Immerhin hatte die deutsche Delegation den Eindruck gewonnen, daß der „Widerstandswille Ungarns gegenüber dem derzeitigen sehr starken politischen Druck von Italien“ durch die deutschen handelspolitischen Konzessionen „gestärkt“ worden sei und daß Ungarn diese „sehr bedeutenden wirtschaftlichen Vorteile nicht leichtfertig aufs Spiel setzen“ und hierauf in seiner „politischen und handelspolitischen Einstellung Bedacht nehmen“ werde.<sup>66</sup> Mit ähnlichen Argumenten hatte

65 H. Merkel, Bäuerliche Marktordnung, in: Jahrbuch für nationalsozialistische Wirtschaft, Stuttgart 1935, S. 99; vgl. hierzu auch die Übersicht „Der Reichsnährstand“ vom Mai 1934, in: BA, ZSg 101/27, Bl. 155; zu den erwähnten gesetzlichen Maßnahmen vgl. besonders: Gesetz über die Zuständigkeit des Reichs für die Regelung des ständischen Aufbaues der Landwirtschaft vom 15. Juli 1933, Gesetz über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes und Maßnahmen zur Markt- und Preisregulierung für landwirtschaftliche Erzeugnisse vom 13. September 1933, Gesetz zur Sicherung der Getreidepreise vom 26. September 1933, in: Reichsgesetzblatt 1933, Teil I, S. 495, 626 f., 667 f.

66 Inhalt und Bedeutung der am 21. Februar 1934 in Budapest unterzeichneten Zusatzvereinbarung zum deutsch-ungarischen Handelsvertrag und der Vertraulichen Vereinbarung über die Förderung des deutsch-ungarischen Warenverkehrs, Anlage zu AA (Bülow) an Reichskanzlei, 13. März 1934, in: ADAP/C II, Göttingen 1973, S. 589 ff. Vgl. zum deutsch-ungarischen Handelsvertrag ausführlich I. Berend

der ungarische Ministerpräsident Gömbös im April 1933 baldige handelspolitische Gespräche zwischen Deutschland und Ungarn angestrebt. Da die „Agrarexportfrage“ für ihn „nicht nur eine Wirtschaftsfrage, sondern eine Frage der politischen Erwägungen“ darstelle, könnten handelspolitische Konzessionen Deutschlands seine „politische Linienführung stärken“.<sup>67</sup> Bei seinem Zusammentreffen mit Hitler im Juni 1933 hatte Gömbös dann offenbar bereits gewisse Zusagen erhalten.<sup>68</sup>

Ein noch größeres Gewicht als den handelspolitischen Vereinbarungen mit Ungarn kommt dem kurz darauf abgeschlossenen deutsch-jugoslawischen Handelsvertrag zu. Die zu diesem Zeitpunkt zentrale politische und handelspolitische Bedeutung Jugoslawiens ergab sich daraus, daß Berlin bisher vergeblich versucht hatte, die Durchdringung der Kleinen Entente mit Hilfe einer Intensivierung der deutsch-rumänischen Beziehungen zu erreichen; überdies hatte man in der Wilhelmstraße den Eindruck gewonnen, daß Belgrad in Fragen der wirtschaftlichen Kooperation mit anderen Staaten der Kleinen Entente „etwas zurückhaltender“ geworden sei.<sup>69</sup> Ähnlich wie bei den Verhandlungen mit Ungarn kam die Zurückdrängung des italienischen Einflusses als weiteres Moment hinzu.<sup>70</sup> So erschien es Berlin Anfang April 1934 „im Hinblick auf die jetzt in Rom beginnenden Verhandlungen mit Österreich und Ungarn erwünscht“, bei den Verhandlungen mit Jugoslawien „bald zu einem Erfolg“ zu gelangen.<sup>71</sup> Für die Realisierung der von Bülow und Neurath kurz nach der ‚Machtergreifung‘ formulierten Zielsetzung, sich in die Politik der Kleinen Entente aktiv einzuschalten, bildete der nach siebenwöchigen Verhandlungen am 1. Mai unterzeichnete Handelsvertrag eine wichtige Voraussetzung. Analog zu den im Februar 1934 mit Ungarn getroffenen Vereinbarungen gewährte Berlin für zahlreiche jugoslawische Ausführprodukte wie Pflaumen, Eier, Äpfel, Weizen, Mais und Schmalz Präferenzen, die durch eine von Deutschland zu leistende „geheime Rückvergütung“ sichergestellt wurden.<sup>72</sup> Diese

u. G. Ránki, German-Hungarian Relations Following Hitler's Rise to Power (1933 to 34), in: Acta Historica. Zeitschrift der Ungarischen Akademie der Wissenschaften 8. 1961, S. 313—46.

67 Gömbös an Hitler, 22. April 1933, in: ADAP/C I, S. 324 f.

68 Vgl. Benzler an Ritter, 27. September 1933, ebd., S. 854 f.

69 Runderlaß AA (Ritter), 13. Dezember 1933, in: PA, Handakten Wiehl, Donauraum, Bd. 1.

70 Zu dem hier nicht behandelten Problem der deutsch-italienischen Rivalität im Donauraum vgl. für die frühen 30er Jahre die Hinweise bei J. Petersen, Hitler-Mussolini. Die Entstehung der Achse Berlin-Rom, 1933—36, Tübingen 1973, bes. S. 207 ff.; M. Poulain, Außenpolitik zwischen Machtpolitik u. Dogma. Die deutsch-italienischen Beziehungen von der Jahreswende 1932/33 bis zur Stresa-Konferenz, Phil. Diss. Frankfurt 1971, S. 41 ff.

71 Ritter an Sarnow, 5. April 1934, in: PA, Ha Pol, Handakten Ritter, Jugoslawien, Bd. 2.

72 Zum deutsch-jugoslawischen Handelsvertrag vgl. im einzelnen Schröder, Südosteuropa, S. 77 ff.

deutschen Zugeständnisse schienen dem Auswärtigen Amt geeignet, „um bei längerer Geltung des Vertrages den deutschen Markt für die jugoslawische Ausfuhr unentbehrlich zu machen“. Daraus ergab sich die Möglichkeit, gegebenenfalls „Druck auf Jugoslawien auszuüben“. Das Ziel der Verhandlungen, den Warenaustausch mit Jugoslawien auf eine breitere Grundlage zu stellen, Deutschland die „Entwicklungsmöglichkeiten auf dem jugoslawischen Markt offen zu halten“ und für Deutschland „in der Kleinen Entente einen wirtschaftlichen Stützpunkt zu schaffen“, war mit dem Handelsvertrag im wesentlichen verwirklicht.<sup>73</sup> Lediglich die Hoffnungen Berlins, auf der Grundlage der Verträge Handelsüberschüsse zu erzielen, sollten sich nicht verwirklichen, denn sowohl der ungarische als auch der jugoslawische Außenhandel gerieten in den von der konjunkturellen Sonderentwicklung in Deutschland ausgehenden Importsog. Da sich der deutsche Warenaustausch mit den südosteuropäischen Staaten auf einer weitgehend devisa-freien Basis vollzog, konnten die aus den Exportüberschüssen nach Deutschland erzielten Guthaben nur durch den Bezug deutscher Waren liquidiert werden. Diese Entwicklung hat entscheidend dazu beigetragen, die südosteuropäischen Agrarproduzenten an Deutschland zu binden, wengleich das Instrument der passiven Handelsbilanz<sup>74</sup> von deutscher Seite zunächst nicht bewußt eingesetzt wurde.

Nach der Unterzeichnung des deutsch-jugoslawischen Handelsvertrages hatte es das Auswärtige Amt zwar als „politisch nicht erwünscht“ bezeichnet, wenn die „wirtschaftliche und die damit im Zusammenhang stehende politische Bedeutung“ des Vertrages im Ausland „besonders aufgebauscht und zum Gegenstand öffentlicher Erörterungen gemacht“ würde.<sup>75</sup> Selbstverständlich war wegen der bemerkenswerten handelspolitischen Erfolge Deutschlands in Südosteuropa eine solche Diskussion nicht lange zu verhindern. Schließlich hielt man es in der Wilhelmstraße unter dem Eindruck der in Paris, Prag und Wien erneut ventilerten Pläne zur Sanierung des Donaauraumes sogar für „notwendig“, den deutschen Standpunkt zum Problem eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Donaustaaten „fortgesetzt publizistisch“ zu vertreten.<sup>76</sup> Wie in den Jahren vor 1933 wurden wirtschaftliche Fragen und namentlich die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes in den Mittelpunkt der Argumentation gerückt: Es würde „jeder wirtschaftlichen Vernunft Hohn sprechen“, die ökonomischen Probleme des Donaauraumes ohne die Beteiligung Deutschlands als des „wichtigsten Kunden und Lieferanten“ dieser Region lösen zu wollen, kommen-

73 AA (Ulrich) an DB Rom, 21. Juni 1934, in: ADAP/C III, Göttingen 1973, S. 52.

74 Dieser Aspekt ist allerdings überbetont bei H.-E. Volkmann, Außenhandel u. Aufrüstung in Deutschland 1933 bis 1939, in: F. Forstmeier u. H.-E. Volkmann (Hg.), Wirtschaft u. Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, Düsseldorf 1975, S. 103 f.

75 AA (Ulrich) an DB Rom, 21. Juni 1934, in: ADAP/C III, S. 53.

76 Benzler an Aschmann, 19. März 1936, in: PA, Handakten Nachtrag VLR Benzler, Donauraum, Bd. 1.

tierte das Auswärtige Amt in einem anonym publizierten Artikel. Das Scheitern aller bisherigen Sanierungsversuche wurde vor allem damit erklärt, daß „vielfach nicht rein wirtschaftliche Lösungen gesucht, sondern *politische Ziele* der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit untergeordnet“ worden seien.<sup>77</sup>

Mit ähnlichen Argumenten wurde auch die sich in Schachts Balkanreise (Juni 1936) manifestierende diplomatische Offensive des Jahres 1936 geführt, die sich gegen österreichisch-tschechische Präferenzpläne und in erster Linie gegen die von Paris unternommenen Versuche richtete, die Kleine Entente wirtschaftlich und politisch zu stabilisieren. Angesichts der 1936 kritischen außenwirtschaftlichen Situation Deutschlands wurden in Berlin namentlich währungspolitische Maßnahmen Frankreichs wegen ihrer Rückwirkungen auf die deutsche Position im Donauraum gefürchtet.<sup>78</sup> Die Wilhelmstraße wies daher die Missionen in den südosteuropäischen Staaten an, die Aufmerksamkeit in diesen Ländern auf die Außenhandelsstatistiken Deutschlands mit diesen Staaten zu lenken; dies werde seine „Wirkung insbesondere auf die verantwortlichen Männer der beteiligten Staaten des Südostens nicht verfehlen“.<sup>79</sup> Die Richtigkeit der Annahme, daß der deutsche Einfuhrbedarf an Agrarprodukten nicht nur als wirtschaftliches, sondern auch als politisches Druckmittel einzusetzen war, läßt sich am Beispiel Jugoslawiens und Ungarns schon für die Zeit bis 1936 nachweisen. Gerade unter dem Eindruck der wirtschaftlichen und politischen Erfolge der mit den deutsch-ungarischen und deutsch-jugoslawischen Verträgen Anfang 1934 initiierten Politik ist der Ausbau der Beziehungen zu den südosteuropäischen Staaten auf bilateraler Basis von deutscher Seite wiederholt als Grundprinzip deutscher Südostpolitik definiert worden. Die Entwicklung der letzten Jahre habe gezeigt, betonte das Auswärtige Amt, daß die Methode, „mit jedem Land im Donauraum einzeln zu verhandeln und Verträge abzuschließen, politisch weniger Aufsehen erregt, als die von anderer Seite wiederholt unternommenen Versuche . . ., ein Kollektiv-System zustande zu bringen“.<sup>80</sup> Je mehr es gelinge, fügte die Wilhelmstraße im April 1937 hinzu, „jedes der Südostländer einzeln wirtschaftlich an uns zu fesseln“, um so schwerer werde es „selbst im Falle einer Wandlung der jetzigen politischen Konstellation“ möglich sein, im Donauraum „eine gegen Deutschland gerichtete wirtschaftliche Kombination zusammen zu bringen“.<sup>81</sup> Das Auswärtige Amt sah diese Auffassung, daß die deutsche

Position im Donauraum vor allem aufgrund der von Berlin verfolgten Wirtschaftspolitik „in den letzten Jahren und bis in die letzten Monate hinein immer stärker geworden ist“, wenig später voll bestätigt. Der „beste Beweis“ sei darin zu erblicken, daß selbst Prag die Hoffnung aufgegeben habe, „ohne eine vorherige Verständigung mit uns und Italien eine wie auch immer geartete neue wirtschaftspolitische Kombination im Donauraum auf die Beine stellen zu können“.<sup>82</sup>

In der historischen Analyse wird man ebenfalls zu dem Schluß gelangen müssen, daß der bilaterale Verrechnungsverkehr mit den südosteuropäischen Staaten ungeachtet auftauchender Schwierigkeiten in Einzelfragen für das nationalsozialistische Deutschland erfolgreich war, weil die Agrarproduzenten des Südostens auf den deutschen Markt angewiesen blieben. Damit stellt sich die prinzipielle Frage, ob es für die südosteuropäischen Staaten zu der engen ökonomischen Kooperation mit dem nationalsozialistischen Deutschland überhaupt eine Alternative gegeben hat. Es ist in diesem Zusammenhang darauf verwiesen worden, daß Paris und London „nichts getan“ hätten, um der deutschen Wirtschaftsexpansion durch „neue Kapitalhilfen und feste Absatzgarantien aktiv entgegenzuwirken“.<sup>83</sup> Ganz abgesehen davon, daß die britische Konzeption eines „economic appeasement“ eine konsequente Gegenpolitik im Kalkül der englischen Regierung weitgehend ausschloß, wird die potentielle Wirkung etwaiger Kapitalhilfen gering zu veranschlagen sein, denn das Hauptproblem war für die südosteuropäischen Staaten nicht der Kapitalmangel. Bei Fortdauer der Agrarkrise rückte der Absatz der Agrarüberschüsse immer stärker in den Mittelpunkt auch des politischen Interesses dieser Staaten, eine Entwicklung, die vom Kabinett Brüning richtig vorausgesehen worden war. Der Aufbau der deutschen Hegemonialstellung vollzog sich daher auch ohne einen größeren Kapitaleinsatz, der in den 20er Jahren als wirksames Instrument der französischen ökonomischen und politischen Einflußnahme gedient hatte. Die nationalsozialistische Politik erwies sich deshalb als überlegen, weil Deutschland im Verlauf der „Großen Depression“ aufgrund seiner konjunkturellen Sonderentwicklung seit 1933/34 für landwirtschaftliche Produkte noch aufnahmefähiger wurde, während England, Frankreich und die Vereinigten Staaten wegen ihrer Wirtschaftsstruktur und binnenwirtschaftlichen Entwicklung gar nicht in der Lage waren, südosteuropäische Agrarprodukte aufzunehmen oder aus außenwirtschaftlichen und politi-

77 Wirtschaft u. Politik im Donauraum, in: Der Deutsche Volkswirt 10. 1935/36, S. 849, Hervorhebung im Original.

78 Vgl. Runderlaß AA (Ritter), 3. Oktober 1936, in: PA, Deutsches Konsulat Zagreb, Runderlasse wirtschaftlichen Inhalts, Bd. 1936/37.

79 Runderlaß AA (Clodius), 6. Februar 1936, in: PA, Handakten Clodius, Donauraum, Bd. 1.

80 Ebd.

81 Runderlaß AA (Ritter), 30. April 1937, in: PA, Handakten Clodius, Donauraum, Bd. 1.

82 Runderlaß AA (Benzler), 21. August 1937, ebd. Zu den Plänen Hodžas vgl. in diesem Zusammenhang jetzt auch M. Adám, Les Pays Danubiens et Hitler (1933 à 1936), in: Revue d'Histoire de la Deuxième Guerre Mondiale 25. 1975, No. 98, S. 20 ff.

83 So B. J. Wendt, England u. der deutsche „Drang nach Südosten“. Kapitalbeziehungen u. Warenverkehr in Südosteuropa zwischen den Weltkriegen, in: I. Geiss u. B. J. Wendt (Hg.), Deutschland in der Weltpolitik des 19. u. 20. Jahrhunderts. F. Fischer zum 65. Geburtstag, Düsseldorf 1973, S. 502.

schon Gründen den Handelsbeziehungen mit anderen Ländern die Priorität einräumten. Es charakterisiert den Absatzdruck der südosteuropäischen Staaten, wenn es ihnen selbst 1936, einem Jahr *relativ* günstigen weltwirtschaftlichen Konjunkturverlaufs und der krisenhaften Zuspitzung der deutschen Außenwirtschaft, nicht gelang, die ökonomischen Bindungen an Deutschland zumindest zu lockern. Gerade die Entwicklung des Jahres 1936 läßt erkennen, daß es für die südosteuropäischen Staaten in den 30er Jahren zu der engen ökonomischen Anlehnung an die deutsche Wirtschaft keine Alternative gegeben hat.

Auch nach 1936 behauptete die Reichsregierung trotz zahlreicher neuer Elemente in der deutschen Südostpolitik ihre Hegemonialstellung im Prinzip mit denselben Methoden: der Gewährung von Präferenzen und festen Abnahmegarantien zu Preisen über Weltmarktniveau. Als *ultima ratio* konnte immer mit einem partiellen oder völligen Einfuhrstopp für einzelne Produkte oder mit der ‚Überprüfung‘ der gesamten Wirtschaftsbeziehungen gedroht werden. Da Berlin in Fortsetzung der 1931 inaugurierten Präferenzpolitik mit den südosteuropäischen Staaten jeweils nur in bilaterale Verhandlungen eintrat, war es überdies möglich, die Verhandlungspartner gegeneinander auszuspielen. Diese gegen ein kollektives Vorgehen der südosteuropäischen Staaten gerichtete Technik nationalsozialistischer Hegemonialpolitik ist für die Zeit nach 1938 am Beispiel Rumäniens und Ungarns — der Hauptstoßrichtung auch der Brüning’schen Südosteuropapolitik — überzeugend herausgearbeitet worden.<sup>84</sup> Sie läßt sich für die ersten Jahre nach der Machtergreifung vor allem für die deutsch-ungarischen und deutsch-jugoslawischen Beziehungen verdeutlichen.

Das Auswärtige Amt bezeichnete die Handelsverträge mit Ungarn und Jugoslawien wiederholt ausdrücklich als „Verträge besonderer Art“, die über ihren „handelspolitischen Inhalt hinaus politische Bedeutung haben“, weil sie für „die deutsche Politik im Donaauraum in Ungarn wie in Jugoslawien zwei Stützpunkte schaffen“ sollen, um vor allem der „gegen die deutsche Politik im Donaauraum gerichteten französischen und italienischen Politik entgegenzuwirken“. Daher habe die Reichsregierung „bewußt gewisse finanzielle Opfer gebracht“.<sup>85</sup> Das gegenüber Ungarn und Jugoslawien angewandte Präferenzsystem ist vom Auswärtigen Amt dann auch im folgenden mit der Begründung verteidigt worden, daß sich an den „bekannten besonderen politischen Verhältnissen im Donaauraum und den von der deutschen Außenpolitik dort verfolgten Zielen“ nichts geändert habe.<sup>86</sup> Rückblickend ist in der Wilhelmstraße gegen Ende der 1930er Jahre besonders der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit Jugoslawien als wirksamstes Mittel der wirtschaftlichen und politischen Durchdringung Süd-

osteuropas und der gegen die Kleine Entente gerichteten Politik angesehen worden.<sup>87</sup>

Die politischen Komponenten der deutschen Südostexpansion wurden allerdings nur intern diskutiert, in publizistischen Analysen und außenpolitischen Erklärungen wurden immer nur die wirtschaftlichen Ziele Berlins proklamiert. Deutschland habe „nur wirtschaftliche Interessen im Balkan, politische Interessen nur insoweit, als es an politischer Konsolidierung des Balkans aus wirtschaftlichen Gründen interessiert“ sei, versicherte auch Hitler Anfang 1938; Deutschland wolle „nichts als offene Türen“ für seine Wirtschaft.<sup>88</sup> Diese Formulierung eines angeblich *politischen* Desinteresses und die Betonung *wirtschaftlicher* Prioritäten ist das Leitmotiv der Berliner Südosteuropapolitik in der gesamten Zwischenkriegszeit. „Überhaupt werden wir, was die politische Betätigung auf dem Balkan anlangt, behutsam vorgehen müssen — schon, um uns nicht der Vorteile zu begeben, die ein politisches Desinteressement uns in manchen wirtschaftlichen Beziehungen verschaffen kann“, definierte ein Angehöriger des Auswärtigen Amtes Ende 1925 die deutsche Politik.<sup>89</sup> Er fügte aber wenige Tage später hinzu, welche politischen Vorteile sich für Berlin aus den Wirtschaftsbeziehungen wiederum ergeben konnten. Ein Ausbau der deutsch-jugoslawischen Handelsbeziehungen etwa würde „zu einer Lockerung der Kleinen Entente mit der Wirkung“ führen, daß „besonders der Tschechoslowakei künftighin auf keine, auch nicht moralische Unterstützung durch Jugoslawien Deutschland gegenüber zählen“ könne.<sup>90</sup> Die Konzentration auf wirtschaftliche Fragen hatte für die Berliner Politik den Vorteil, daß sie aufgrund der deutschen ökonomischen Position auf diese Weise am ehesten außenpolitische Erfolge erzielen konnte. Die Brüning’sche und die nationalsozialistische Politik gegenüber Südosteuropa machen das deutlich. Die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes konnte von der Regierung Hitler jedoch seit Ende 1933 in ungleich stärkerem Maße als von den Weimarer Regierungen eingesetzt werden, weil im Verlauf der nationalsozialistischen Machtergreifung erst die Voraussetzungen für eine mittel- und langfristige Planung umfangreicher Agrarimporte aus den südosteuropäischen Staaten geschaffen wurden. Mithin ist die spezifisch nationalsozialistische Komponente der deutschen Südosteuropapolitik bis 1936 primär in der Ausschaltung der namentlich in der Endphase der Weimarer Republik von agrarischen Interessengruppen immer wieder artikulierten inneren Widerstände zu erblicken.

87 Vgl. Aufzeichnung Clodius über die deutsch-jugoslawischen Wirtschaftsbeziehungen für etwaige Besprechungen mit dem jugoslawischen Ministerpräsidenten und Außenminister Stojadinović, 7. Januar 1938, in: ADAP/D V, Baden-Baden 1953, S. 183 ff.

88 Aufzeichnung Heeren, 17. Januar 1938, ebd., S. 188, 190.

89 AA (Köpke) an DG Bukarest, 29. Dezember 1925, in: ADAP/B III, S. 27, Anm. 2

90 AA (Köpke) an DG Belgrad, 2. Januar 1926, ebd., S. 44.

84 Hierzu Broszat.

85 Runderlaß AA (Ulrich), 18. Juni 1934, in: ADAP/C III, S. 34.

86 Aufzeichnung AA (Clodius), 5. Oktober 1935, in: PA, Handakten Clodius, Jugoslawien, Bd. 3.

Der schnelle und im Jahr 1936 weitgehend realisierte Aufbau der deutschen Hegemonialstellung in Südosteuropa mittels ökonomischer Durchdringung und den daraus resultierenden Möglichkeiten informeller politischer Einflußnahme ist fraglos ein Ergebnis der seit Anfang 1934 erneut forcierten Südosteuropapolitik. In ihrer Zielsetzung, der Etablierung der deutschen Vormachtstellung in Südosteuropa auf der Basis indirekt-ökonomischer Einflußnahme steht die Politik der Regierung Hitler in der Kontinuität deutscher Südostpolitik vor 1933.<sup>91</sup> Konzeptionell hat die Reichsregierung nach der Machtergreifung vor allem auf die Präferenzpolitik der Regierung Brüning zurückgreifen können.<sup>92</sup> Diese Anknüpfung an vor 1933 entwickelte Konzeptionen ergab sich für das Auswärtige Amt — bis 1935/36 Hauptträger der von Hitler gebilligten Präferenz- und Verrechnungspolitik gegenüber Südosteuropa — schon aufgrund der personellen Kontinuität.

Während das nationalsozialistische Regime in seiner Anfangsphase eine auf die „Abschirmung der inneren Machtentfaltung“ (Bracher) abgestellte vorsichtige Außenpolitik betrieb, konnte es zugleich in Fortsetzung namentlich der Brüning'schen Revisionspolitik in Südosteuropa die Tschechoslowakei isolieren, die Kleine Entente paralisieren und damit das französische Sicherheitssystem entscheidend schwächen.

91 Mit der Formulierung der Kontinuitätsthese rücke ich von meiner 1970 vertretenen Interpretation ab; vgl. H.-J. Schröder, Deutschland u. die Vereinigten Staaten 1933—1939. Wirtschaft u. Politik in der Entwicklung des deutsch-amerikanischen Gegensatzes, Wiesbaden 1970, S. 273.

92 Die von J. Radkau (in: G. W. F. Hallgarten u. J. Radkau, Deutsche Industrie u. Politik von Bismarck bis heute, Frankfurt 1974, S. 331) vertretene Auffassung, daß von der nationalsozialistischen Politik „Konflikte mit den Westmächten in Südosteuropa... mitunter geradezu gesucht“ worden seien, ist nach meiner Kenntnis der Akten nicht haltbar.